

Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene stärken - "Wichtiges Potential stärker nutzen"

14. Entwicklungspolitische Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz, Wesseling, 20.-22.November 1991

Seit 1983 macht Sri Lanka die schwerste Krise seiner Geschichte durch. Die bis heute andauernden unerbittlichen Kämpfe zwischen tamilischen Separatisten und singhalesischen Regierungstruppen haben bislang schon mehrere zehntausend Opfer gefunden. Auch die Philippinen befinden sich seit Jahren in einer schweren politischen Krise. Seit der Vertreibung des Diktators Marcos 1986 hat das Militär bereits achtmal versucht, die Macht zu übernehmen. Auch weiterhin besteht die Gefahr, daß der laufende Demokratisierungsprozeß gestoppt wird. Wie in vielen anderen Ländern engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. auch in diesen beiden Entwicklungsländern und versucht durch Förderung und Ausweitung der lokalen Selbstverwaltung, die Demokratiebestrebungen zu stabilisieren.

Unter diesem zentralen Thema - Förderung der lokalen Selbstverwaltung und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sowie deren Rolle im Nord-Süd-Dialog - stand die diesjährige 14. Entwicklungspolitische Fachtagung des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Schloß Eichholz. Themenbedingt nahmen Erfahrungsaustausch und Berichte über Projekte "vor Ort" einen breiten Raum ein.

Winfried Pinger, der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, setzte in seiner Einführung Bezüge zur aktuellen politischen Diskussion. Es sei zu befürchten, daß künftig jährlich Millionen Menschen aus den Entwicklungsländern nach dem Wohlstandsland Deutschland aufbrechen werden. Für das Jahr 1990 werden die Gesamtkosten der deutschen Kommunen für Asylsuchende bereits auf ca. 5,5 Mrd. DM geschätzt. Die Situation - und mehr noch die Perspektive - zwingt jeden Bürger und auch die besonders betroffenen Kommunalverwaltungen zu präventiven Maßnahmen. Ziel müsse daher auch für die Kommunen sein, ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen mit eigenen Aktivitäten in den Entwicklungskontinenten die Ursachen zu bekämpfen, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Daß in dieser Richtung bereits intensiv gearbeitet wird, belegten auf der Fachtagung die Referenten und die teilnehmenden Fachleute mit Berichten über ihre Projektarbeit. Nach Aussage von Gerold Weisrock, Leiter des Europäischen Büros für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Mainz, gibt es allein in Westeuropa bereits über 6.000 kommunale Partnerschaften.

So führt beispielsweise die kleine baden-württembergische Stadt Spaichingen mit ihrer Partnerstadt Salange ein Brunnenprojekt in Mali durch. Königstein stellt einen jährlichen Betrag von 10.000 DM für SOS-Kinderdörfer in einer äthiopischen Stadt zur Verfügung. Christoph Brodesser vom Deutschen Roten Kreuz Westfalen-Lippe zeigte anhand eines Partnerschaftsprojektes, das unter Beteiligung seiner Organisation zwischen den Städten Steinfurt und Sidamo/Äthiopien besteht, welchen Nutzen der Beschluß des Kreistages Steinfurt, Stiftungsmaßnahmen in Sidamo mit jährlich 20.000 DM zu fördern, für die Projekte gehabt habe. Die erste Phase des Partnerschaftsprojektes zur Wiederaufforstung sowie zu verbesserter Wasserversorgung habe bereits ihren Abschluß gefunden.

Seit 1977 fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung das Sri Lanka Institut of Development Administration (SLIDA). SLIDA ist ein Aus- und Fortbildungsinstitut für den öffentlichen Dienst und untersteht dem srilankischen Innenministerium. Neben Bildungsprogrammen befaßt sich das Institut mit Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur der öffentlichen Verwaltung. In den rund 14 Jahren der Zusammenarbeit hat die KAS mit der Förderung von annähernd 1000 Bildungsmaßnahmen dazu beigetragen, die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes zu erhöhen und damit qualitative Verbesserungen in der Verwaltung zu erreichen. In den letzten Jahren, so berichtete der Mitarbeiter der Stiftung aus Colombo, Werner M. Prohl, habe sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit den von ihr finanzierten Programmen vor allem auf Führungskräfte der Öffentlichen Verwaltung konzentriert. Weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit sei die gezielte Unterstützung von Reformbestrebungen durch Förderung von Forschungsvorhaben sowie die Intensivierung des internationalen Erfahrungsaustausches.

Wolfgang Blüm, dessen "Lahnstein-Projekt" zum Bau einer dringend notwendigen Schule und einer Mutter-Kind-Station geführt hat, erinnerte daran, daß bei kommunalen Partnerschaftsprojekten auch der Austausch und die persönlichen Kontakte zwischen den Menschen einen großen Stellenwert einnehmen sollten. Begegnungen fänden beispielsweise zwischen Schüler- und Jugendgruppen statt, unterstützt durch finanzielle Zuwendungen der Stadt Lahnstein und des Deutschen Städtetages und durch private Engagements.

Die Notwendigkeit, auch Jugendliche vor Ort in die Projekte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen, hob Uwe Kröger, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Manila, hervor. Er verwies hierbei auf die Unterstützung der Stiftung beim Aufbau eines Trainingscenters für arbeitslose Jugendliche. Seit der Fertigstellung seien 197 Jugendliche als Näherinnen und Näher ausgebildet worden, von denen bisher 182 in eine Arbeitsstelle vermittelt werden konnten. Ein weiteres Trainingscenter in einer anderen Gemeinde stehe vor der Fertigstellung. Ein großer Erfolg im Rahmen der Förderung der lokalen Selbstverwaltung sei, so Kröger weiter, auf den Philippinen im Bereich der Steuerverfahren erreicht worden. In Zusammenarbeit mit ihrer Partnerorganisation habe die KAS die Steuererhebungsverfahren untersucht und anschließend optimiert. Jetzt können die notwendigen Daten erhoben und damit bisher mögliche, aber mangels Daten nicht erhebbare Steuern von den Gemeinden eingenommen werden. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung wird inzwischen vorbereitet.

Projekte zur Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und lokaler Selbstverwaltung sind jedoch oft durch negative politische Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern gefährdet. Politische Umstürze und zahlreiche Bürgerkriege sind dafür Belege, wie die Mitarbeiter des Internationalen Institutes der Konrad-Adenauer-Stiftung verdeutlichten. Gerade in Sri Lanka, so Prohl, hätten die eingangs beschriebenen Kämpfe zwischen tamilischen Separatisten und singhalesischen Regierungstruppen immer wieder die Reformbemühungen für die öffentliche Verwaltung gefährdet. Für Klaus Simon, Staatssekretär a.D., der an der Fakultät der Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz lehrt, sind die internationalen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft, des Welthandels oder der Ökologie, vor allem aber die inneren, nationalen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern die größten Problemfelder.

Simon hält kommunale Partnerschaften mit Gemeinden in Entwicklungsländern für ein wichtiges Potential, das stärker genutzt werden sollte. Deshalb muß es nach seiner Auffassung Hauptaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit sein, die Regierungen der Entwicklungsländer dazu zu bewegen, daß sie die Rahmenbedingungen für Selbsthilfe schaffen und die Menschen damit in die Lage versetzen, diese Rahmenbedingungen einzufordern und ihre Regierungen dafür verantwortlich zu machen. Um eine bessere Armutbekämpfung durch Selbsthilfe zu erreichen, müssen sich die Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe stärker an Kriterien wie Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktorientierte Wirtschaftsordnung ausrichten sowie an der Basis Pluralismus und Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der Subsidiarität garantieren. Auch Karl Kirchhof vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wies darauf hin, daß die Förderung der lokalen Selbstverwaltung nur dann flächendeckend erfolgreich sein kann, wenn die Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene konsistent sind. Er erinnerte daran, daß Bundesminister Karl Spranger - für viele Insider überraschend - von den Entwicklungsländern eine Veränderung der Rahmenbedingungen als Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit eingefordert hat.

Den derzeitigen Stand der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit brachte Gerold Weisrock mit dem Vergleich aus der Bierwerbung auf den Punkt: "Trinken Sie ein bestimmtes Bier immer? Nicht immer, aber immer öfter." Genauso verhalte es sich derzeit mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie könne nicht das Nonplusultra sein, sie werde es auch nie werden, aber immer öfter werde sie ein willkommener Partner sein, wenn man die Gesamtaufgabe - Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe - betrachte.

Nicht zuletzt deshalb erneuerte Pinger seine Forderungen für eine Schwerpunktverlagerung in Richtung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Städte und Gemeinden sollen Projekte kommunaler Selbstverwaltung gemeinsam mit ihren Partnern in den Entwicklungsländern intensiver fördern und den dortigen Gemeinden den Rücken stärken gegen die Zentralregierungen. Ein besonderer Schwerpunkt müsse im ländlichen Bereich gesetzt werden.

Martin Schoser

Recht im Alltag in der Volksrepublik China - Tagesseminar der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.

Hannover, 29. November 1991

Am Freitag, dem 29. November 1991, hielt die Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung e.V. (DCJV) in den Räumen der NordLB in Hannover ihr jährliches Tagesseminar ab. Nachdem in den vergangenen Jahren außenwirtschaftsrechtliche Themen im Vordergrund gestanden hatten, war in diesem Jahr bewußt der Schwerpunkt auf Bereiche des chinesischen Rechts gelegt worden, die einen solchen Auslandsbezug nicht aufweisen.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer und der Eröffnung des Seminars durch den Präsidenten der DCJV, Staatssekretär a.D. Benno Erhard, referierte Prof. Dr. Konrad Wegmann, Ruhruniversität Bochum, über Strafrecht und Strafprozeßrecht der Volksrepublik China. Prof. Wegmann legte dar, daß das moderne